

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41

Erscheint Werktags

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post
im Nachbarortsverkehr 2,15 M., in Württemberg
2,21 M. vierteljährlich, dazu Beleggeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärtig 15 Pfg. die Gar-
mondzeile oder deren Raum.
Reklame 25 Pfg. die Pettizelle.
Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition
zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg.
besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 76

Samstag den 29. März 1919

36. Jahrgang.

Wochenrundschau.

In Deutschland spukt wieder das Gespenst des Generalstreiks. Jetzt gerade ist Süddeutschland und zwar vorwiegend Württemberg zum Kampfsplatz ausgesprochen. In verschiedenen Städten haben in den größeren Betrieben Abstimmungen der Arbeiter stattgefunden, und soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, ist im großen und ganzen die Mehrzahl der Arbeiter nicht geneigt, die Räder stillstehen zu lassen. Aber andererseits ist die streikentschlossene Minderheit doch größer, als erwartet wurde und es ist darum mit der Möglichkeit der Kraftprobe wohl zu rechnen. Für den Streik haben sich z. B. mit großer Mehrheit die Arbeiter des Wasserwerks, des Gas- und Elektrizitätswerks in Stuttgart erklärt, im Falle des Streiks würde also der Kampf sofort sehr ernste Formen annehmen. Die Regierung hat alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen und aus bürgerlichen Kreisen wurde die Parole ausgegeben, zum Gegenmittel des Bürgerstreiks zu greifen. Die Verkaufsläden aller Art würden geschlossen bleiben; Ärzte, Apotheken, Beamten und Schulen würden außer Tätigkeit treten und nicht nur die werktätige Arbeit, sondern jeder Handel und Wandel würde stillstehen. Hoffentlich kommt es nicht so weit. Die sozialdemokratischen Vertrauensleute der Betriebe haben der Regierung eine Reihe von Forderungen überreicht, worunter die wichtigste die verfassungsrechtliche Festlegung der Verpflichtung der Sozialisierung der Betriebe ist. Die Regierung hat die Forderungen angenommen und heißt damit der Werbetätigkeit für den Generalstreik den Boden zu entziehen. Wäre in Württemberg der Generalstreik zum Durchbruch kommen und mit einiger Aussicht auf Erfolg auch nur eine halbe Woche durchgeführt werden, so könnte leichtlich der zündende Funke blühschnell auf andere Gebiete überspringen und vielleicht über das ganze Reich hin den Brand entfachen, der schon am 26. März allenthalben aufzublumen sollte. Der Streik des Seemannsbundes in Hamburg und Bremen ist wirkungslos geblieben. Er hat die vertragsmäßige Ausfuhr der deutschen Schiffe zur Einholung unserer Lebensmittel zwar verzögern und erschweren, aber nicht verhindern können. Etwa 30 Schiffe haben schon die Reise nach England und Amerika angetreten und die übrigen werden, wenn auch in langsamerem Tempo als erwünscht und nötig wäre, folgen. Die Besonnenheit hat bei unseren Seelenten schließlich doch die Oberhand gewonnen und eine große Gefahr vom deutschen Volke abgewendet.

In Bayern hat der Landtagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten zu den Beratungen der Weimarer Nationalversammlung und des Staatenausschusses über den Reichsverfassungsentwurf Stellung genommen. Dabei sind scharfe Worte gegen die „Reichsgleichmaderie“ gefallen. Der bayerische Gesandte in Berlin Dr. Preger beklagt, daß Bayern die Preisgabe aller Sonderrechte, seines Heeres, seiner Eisenbahnen usw. zugemutet werde. Es müsse sieben Achtel seines Beamtenkörpers an das Reich abgeben und nach dem Sozialisierungsgesetz auf alle seine Wasserkraft, Bodenschätze, ja sogar auf seinen gesamten Waldbesitz — gegen eine gewisse Entschädigung — verzichten. Aus dem Reich werde schließlich ein Großpreußen, in dem sich Bayern nicht mehr wohl fühle. Die Bundesstaaten sollen nicht einmal mehr den Namen Staat, sondern „Land“ führen. Der Abgeordnete Speck (Zent.) sagte: „Wenn Bayern nur das Objekt der Reichsgesetzgebung werden soll, dann wollen wir lieber nicht in das Reich eintreten.“ und der Abg. Müller (Dem.) meinte: „Wir wollen keine Berliner Herrschaft über das Reich.“ Ministerpräsident Hoffmann warnte, mit einer Kriegserklärung an Preußen komme man nicht weit; in Weimar wolle man genau, daß ein bayerischer Staat außerhalb des Reichs ein Ainding sei. Aber die Stimmung des Ausschusses kam dann doch in der Erklärung zur Geltung: Bayern den Bayern! — Man wird den Bayern schon einiges zugute halten müssen, denn der ursprüngliche Entwurf der Reichsverfassung ging in d. Vereinbarung entschieden zu weit und trug den in Deutschland nun einmal bestehenden Sonderverhältnissen zu wenig Rechnung. Auch von Württemberg und Baden sind ja schon Einwendungen mit Recht erhoben worden. Eine schematische Gleichmaderie würde gar nicht im Interesse des Reichs gelegen sein, weil sie den Grund zu innerwärtiger Unzufriedenheit legen und so gerade

dem Particularismus Vorschub leisten würde. — Ueber die Poststrennungsbestrebungen von Schwaben und Franken wurde nicht viel gesprochen; die Tatsache wurde zwar bedauert, aber auf die Gründe ging der Landtagsausschuß kaum ein. Er hätte sonst zugehören müssen, daß München auf dem besten Wege ist, ein süddeutsches Berlin zu werden.

Unter englischem Schutz hat der frühere Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn, Karl von Habsburg-Lothringen mit seiner Familie das Land seiner Väter verlassen, um im Kanton Bern in der Schweiz dauernden Aufenthalt zu nehmen. Ganz glatt scheint die Abreise nicht vor sich gegangen zu sein und manche „Verlautbarung“ deutet darauf hin, daß dem früheren Monarchen von der jetzigen Regierung die Verlegung des Wohnsitzes außerhalb des Landes dringend nahe gelegt worden ist, da er sich bislang geweigert hat, eine förmliche Freizeiterklärung abzugeben und als einfacher Bürger dem freien Volkstaat sich zu unterwerfen, wie es bis vier in Deutsch-Oesterreich verbliebenen Erzherzöge getan haben. — Die mancherlei Quertreibereien gegen den Anschluß Oesterreichs an das Deutsche Reich haben bei uns in Dänemark die gebührende Zurückweisung erfahren und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß es den Franzosen nicht gelingen wird, den eifrigen Wunsch aller Deutschen hüben und drüben zu durchkreuzen, umso weniger, als auf der Friedenskonferenz England und Amerika die französische Vorkommnisse entschieden mißbilligt. Erstlich ist darum auch die einmütige Annahme des Antrags Haukmans im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung, daß Deutsch-Oesterreich nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich vorbehaltlos das Recht erhält, an dem zu schaffenden Reichsrat mit einer seiner Bevölkerungsanzahl entsprechenden Vertretung teilzunehmen. Bis zur gesetzlichen Regelung haben die Vertreter Deutsch-Oesterreichs herabende Stimme. Die Zusammenziehung Deutsch-Oesterreich ist eigentlich nicht mehr nötig, denn es gibt nur ein Oesterreich, und das ist eben das Deutschgebiet Eisleithaniens. Einfacher und richtiger wird man künftig unsere Ostmark wieder kurz Oesterreich nennen.

In Ungarn ist die Saat jetzt aufgegangen, die der Verband fünf Monate lang seit Beendigung des Kampfs ausgestreut hat. Statt schleunigst den Frieden zu schließen, hat der Verband nur ein Ziel im Auge gehabt: den Frieden solange als möglich zu verschleppen, um möglichst viel Zeit zur grausamsten Vernichtung der unterlegenen Staaten zu gewinnen. Das hat sich jetzt schwer gerächt. Ungarn ist mit Sach und Pack ins Lager der Völkerverwirrer übergegangen. Ungarn ist eine bolschewistische Diktatur geworden im Bunde mit der russischen Sowjetrepublik. Was da unten an der Donau sich im einzelnen abspielt, ist nicht bekannt, es wird entweder totgeschwiegen oder nach der einen oder anderen Richtung gefälscht. Aber soviel ist sicher: der Völkerverwirrer, den die Entente mächte so fürchten, daß sie Bedenken tragen, ihre Truppen gegen ihn setzen zu lassen aus Furcht, auch diese könnten von dem schleichen Gift ergriffen werden, hat gerade durch die Entente seinen größten Erfolg errungen. Der Abdämmung des Völkerverwirrers galt die größte Sorge des Pariser Konventikels, so man Obersten Rat der Friedenskonferenz nennt; aber alle Wege bahnte man ihm durch den Hunger, den die ruchlose Aufrechterhaltung der Blockade freigestellt. Spät hat man für Deutschland eine Milderung zugelassen, zu spät für Ungarn. Die deutschen Mahnungen wurden hochmütig überhört. Jetzt macht man in Paris große Augen. Die Pariser Blätter in ihrer Furcht wollen zwar ihr Publikum glauben machen, der Budapestter „Putz“ sei nur ein abgekartetes Spiel der deutschen Regierung, die damit einen Druck auf die Friedenskonferenz ausüben veruche. Aber sie glauben das selber nicht, und es recht glauben es nicht die großen Weimarer des Obersten Rats. Die Affäre kommt ihnen ganz unangelegen und sie raten und beraten hin und her. Wer soll für sie die Kasernen aus dem Feuer holen? Die französischen Besatzungstruppen in Ungarn sind bereits auf der großen Retirade nach Süden begriffen. Fatal, höchst fatal. Ein Pariser Blatt meint, es wäre doch schließlich, wenn nach dem Siegesrausch von fünf Monaten Frankreich einem bolschewistischen Europa unter der Führung des „nachrichtigen Deutschland“ gegenübersehen müßte.

Die Friedenskonferenz besteht jetzt streng genommen nur noch aus den Herren Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando (Italien). Wilson hat eingesehen, daß der Frieden nicht vor dem St. Nimmerleinstag zustande gebracht werden könnte, wenn man den Herrn Clemenceau weitermachen ließe, und so hat er durchgehört, daß die sechs Nebenfiguren von der eigentlichen Friedensarbeit ganz ausgeschlossen und zum Zeitvertreib mit allerlei Nebenächlichkeiten beschäftigt werden. Die Beziehungen unter den fünf Großmächten sind aber doch noch recht gespannt geblieben, nur kommt die gegenseitige Verstimmung jetzt weniger in den Verhandlungen als in der Presse zum Ausdruck. So zeigen sich die französischen Zeitungen stark verschärft und ein Pariser Blatt schreit sogar in seinem Unmut gegen England die heilige Frage des Kalifats an. Der Kalif der Muselmanen ist bekanntlich der türkische Sultan. Das hat aber England schon lange nicht mehr gepaßt und seit einem halben Jahrhundert oder mehr gehört es zu den Grundfragen der englischen Politik, die oberste religiöse Würde der mohammedanischen Welt, die Nachfolgerschaft des Propheten vom türkischen Sultanat zu trennen und sie einem der vielen mohammedanischen Scheichentümer von England Gnade zu überlassen. Dadurch würde Großbritannien gewissermaßen die Schutzmacht des Islam und dieser Würde nicht nur aufhören, eine Gefahr für England zu sein, sondern er könnte geradezu eine der wichtigsten Stützen der britischen Herrschaft in Orien werden. An ein solches Problem konnte sich nur eine so durch und durch gefestigte Politik heranwagen wie die englische es ist. Der Weltkrieg hat das türkische Reich zerschmettert; das war eines der Hauptkriegsziele Englands. Eine solche günstige Gelegenheit in der Kalifatsfrage wird sich nicht mehr bieten. Aber den Franzosen kann es nichts weniger als angenehm sein, wenn der Islam sozusagen Großbritannien dienstbar wird, denn einestrichs läßt Frankreich selbst Absichten auf einen wichtigen Teil Kleinasiens (Syrien), andererseits könnte die Herrschaft Frankreichs über die islamitischen Länder Nordafrikas, Marokkos, Algeriens und Tunis, durch die besagte Vormachtstellung Großbritanniens mit der Zeit doch in Frage gestellt werden. Ueber die Kalifatsfrage scheinen denn auch, wie aus jenem Zeitungsartikel hervorging, Verhandlungen zwischen Großbritannien und Frankreich stattgefunden zu haben, wonach Frankreich schweren Herzens zu den englischen Plänen seine Zustimmung gab, natürlich gegen englische Zugeständnisse anderer Art, bei denen vermutlich Deutschland der Leidtragende ist. Daß England dann für weitgehende Forderungen — vielleicht unter Wilsons Einwirkung — nicht mehr zu haben war, das hat die Franzosen so in Harnisch gebracht.

Wenn sich Lloyd George im Obersten Rat in charigen Worten über die „Judisikation“ (Vertrauensmißbrauch) eines Pariser Blatts beschwerte und sogar die Maßregelung des betreffenden Redakteurs verlangte, so meinte er wohl die den Engländern höchst unwillkommene Aufhebung der Kalifatsfrage. In den ägyptischen Aufstand spielt ohne Zweifel die Kalifatsfrage hinein. Das beweist, daß die islamitischen Beduinen aus der Wüste den offenen Kampf gegen die Engländer aufgenommen und in den von ihnen eroberten Oasen die türkische Fahne aufgespielt haben. Ueber die ägyptische Freiheitsbewegung erfährt man nur sehr wenig, sie wird aber in England sehr ernst genommen.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar 27. März.

Nachtragsetat für 1918 und Notetat für 1919.

Reichsminister Schiffer begründet beide Vorlagen.
Abg. Schulz-Ostpreußen (Soz.): Gegen den Völkerverwirrer, der mit Handgranaten zu überzeugen sucht, verlangen wir, daß der Staat seine schärfsten Mittel anwendet. Das gleiche verlangen wir von ihm bezüglich der Gefahren, die von rechts drohen. In der preussischen Landesversammlung hat gestern Herr Kardorf eine aufreizende Rede gehalten, die nichts weiter als die Schilderhebung der Gegenrevolution bedeutet. Wir Sozialdemokraten haben die Revolution nicht gewollt, sobald sie aber einmal da war, galt es, sie den Interessen des deutschen Volkes dienstbar zu machen. Man wird demselben die Revolution preisen als die große weiße Blume für eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes. In die Regierung richte ich die Frage, ob die Erklärung des russischen Volkskommissars Tschelichin richtig ist, daß deutsche Truppen den linken Flügel der großen Offensive gegen Rußland darstellen, die im Auftrage der Entente unternommen sei. Wir wünschen Mitteilung darüber, durch die hohe Summe von 100000 Mk. monatlich an Bundesentschädigung für den Reichspräsidenten notwendig ist.
Reichsminister Roske: An den Kämpfen im Baltikum sind hauptsächlich deutsche und litauische Truppen beteiligt. Die

den ... und ...

Abg. Walter-Schabert (3.): Mit der Sanierung der Reichsanlagen muß bald begonnen werden.

Abg. Graf v. Fojadowsky (Deutsch-Natl.): Bei der Schuldenlast des Reichs müssen die Besitzenden herangezogen werden, aber die Besteuerung des Vermögens und des Einkommens darf nicht bis zur Enteignung gehen.

Abg. H. a. s. e. (U.S.P.): In Berlin war es kein Sparjahr, sondern es ist nur zu Kämpfen gekommen.

Reichswehrminister Noske: Wir wünschen ein gutes Verhältnis zu Rußland, Rußland verlangt aber von uns, daß wir vorher bolschewistisch werden.

Abg. Becker-Hessen (D.V.): Dem Protest des Ministerpräsidenten gegen die Forderung der Entente schliesen wir uns an.

Ministerpräsident Scheidemann: Ich habe die Offiziere nicht befehligt, sondern nur von einem Teil der Offiziere gesprochen.

Nächste Sitzung: Freitag 3 Uhr.

Neues vom Tage.

Ultimatum der Entente

Berlin, 28. März. Eine am 26. März dem Vorgesetzten der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaan von General Rubant übergebene Note fordert, daß die deutsche Regierung die Landung der polnischen Armee in Danzig, die ein Teil der alliierten Armeen sei, sowie ihre Weiterfahrt nach Posen zur Aufrechterhaltung der Ordnung gestatte.

Der preussische Staatshaushalt.

Berlin, 27. März. In dem Vorbericht zum preussischen Staatshaushaltplan für 1919 heißt es: Nach den Schätzungen dürfte mit einem Fehlbetrag von mehr als 2 Milliarden Mark gerechnet werden.

In der Heimat.

Berlin, 28. März. Dem „Berl. Volksanzeiger“ zufolge trafen gestern abend 2000 deutsche Soldatensmannschaften aus amerikanischen Lagern in Limburg, als der ersten vom Feind nicht besetzten deutschen Stadt, ein.

Der Papst für die Gefangenenbefreiung.

Rom, 28. März. Nach der „Röm. Volkstz.“ hat der Papst auf die von der Buloner Bischofskonferenz an ihn gerichtete Bitte, sich für eine baldige Freilassung der deutschen Gefangenen zu verwenden, in einem eigenhändigen Schreiben u. a. geantwortet: In dem vergangenen Novembermonat nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands hat Unser Kardinalstaatssekretär bei einigen Staaten des Verbands zu Gunsten der deutschen Kriegsgefangenen Schritte getan, namens-

lich für die Kranten und Verwundeten, und in den darauffolgenden Monaten wiederholte er seine Bemühungen, um die Lage so vieler Unglücklicher zu verbessern.

50 000 Tonnen Mehl.

Stockholm, 28. März. Laut „Nya Dagbladet“ haben die alliierten Mächte durch den amerikanischen Gesandten Morris in Stockholm das schwedische Mehl-Kreuz ermächtigt, 50 000 Tonnen Mehl unmittelbar nach Deutschland auszuführen.

Auslandsbeendigung.

Berlin, 28. März. Der seit einer Woche währende große Angelegenheitsstreit der Lübecker Industriellen ist jetzt durch beiderseitiges Nachgeben beendet worden.

Der Krieg im Osten.

Wien, 28. März. Nach den Abendblättern befinden sich die Rumänen in Bessarabien auf dem Rückzug. Die Bolschewisten rücken in die Linie Ismail-Kien vor.

Wie der „Vorwärts“ erzählt, erhielt das Russlandsgebiet Posen aus Warschau außer den schon gelieferten 37 Waggons noch weitere 35 Waggons amerikanischen Schmalz als Belohnung für die nach Millionen zu beziffernde Abgabe von deutschem Gold und Silber.

Warschau, 27. März. In der gestrigen Sitzung des Landtags sprachen sich die großen politischen Gruppen übereinstimmend für ein Bündnis mit den Ententemächten aus.

Amsterdam, 28. März. „Daily Mail“ meldet aus Tientsin: Ueber die Nordmandschurei wurde der Belagerungszustand verhängt, um die Ausbreitung des Bolschewismus durch die Chinesen, die aus Rußland nach China zurückkehren, zu bekämpfen.

Amsterdam, 28. März. Von sozialdemokratischer Seite wird mitgeteilt, daß die internationale sozialistische Konferenz in Amsterdam am 25. April beginnen wird. Die Führer der sozialdemokratischen Parteien der ganzen Welt sollen daran teilnehmen.

Die Abfindung des Kaisers in Oesterreich.

Wien, 28. März. Nach dem Wiener Korr.-Bur. bestimmt die Regierungsvorlage über das frühere Herrscherhaus die Aufhebung aller Herrscherrechte und sonstigen Vorrechte des Hauses Habsburg-Lothringen für immerwährende Zeiten und die Landesverweisung aller Mitglieder dieses Hauses und desjenigen von Bourbon-Parma. Die Republik Deutsch-Oesterreich ist Eigentümerin des in ihrem Gebiete befindlichen beweglichen und unbeweglichen, sowie des für das frühere regierende Haus oder eine Zweiglinie desselben gebliebenen Vermögens, dessen Reinertrag ...

Eisenbahnerstreik in Oesterreich.

Wien, 27. März. Der Streik der Eisenbahner ist in den Ausnahmestadium getreten. Der Ausnahmestadium hat sich auch auf die Franz-Joseph-Bahn und die Westbahn ausgedehnt. Nach einer Meldung aus Prag sind auch die Angestellten der Staatsbahn in den Ausnahmestadium getreten.

Der neue Umsturz in Ungarn.

Budapest, 28. März. Wie „Napszava“ meldet, ließ die tschecho-slowakische Regierung auf die Nachricht von der Ausrufung der ungarischen Republik die Führer der sozialistischen Partei in Preßburg ohne jede Begründung verhaften.

Politischer Mord.

Berlin, 28. März. Wie dem „Berl. Volksanzeiger“ berichtet wird, ist der Vizepräsident des albanischen Nationalrats, Brent Bib Toba, in der Nähe von Durazzo ermordet worden.

Von der Friedenskonferenz.

Bern, 28. März. Die italienische Bakuta, die nach der von Amerika, England und Frankreich gemeinsam unternommenen Reise in der Schweiz zwischen 70 und 75 Francs notierte, ist heute auf 55 Geld und 65 Brief gesunken. Dieser Sturz soll mit den in Bern vorliegenden Meldungen, nach welchen die allgemeinen Kriegskosten der Entente nicht durch eine Gesamtsumme liquidiert werden, sondern von jedem Staat einzeln anzufordern seien, in Zusammenhang stehen.

80 bis 120 Milliarden Entschädigung.

Osaka, 28. März. Aus Paris wird gemeldet: In der letzten Sitzung des Obersten Rats, an der nur Wilson, Lloyd George und Orlando teilnahmen, vertrat Wilson entschieden den Standpunkt, daß Deutschland nur den Schaden zu ersetzen habe, den es auch tatsächlich verursacht. Die Aufbahrung der Gesamtkriegskosten aller Verbündeten auf Deutschland würde dem Ge-

danke des Völkerbunds widersprechen. Die übrigen Teilnehmer an der Sitzung stimmten den Ausführungen Wilsons bei und es wurde beschlossen, daß Deutschland keine verurteilten Schäden zu vergüten habe, der vom Finanzministerium 80-120 Milliarden Mark geschätzt wurde, während der Gesamtschaden auf 180 Milliarden Mark berechnet wird. Für Frankreich wurden, wie verlautet, andere Entschädigungen in Aussicht gestellt.

Mailand, 28. März. Der „Ser Secolo“ meldet, Italien werde außer der Entschädigung für die verlusten Schiffe keine Schadenersatzansprüche an Deutschland erheben.

Stürmische Kammeritzung in Paris.

Bern, 28. März. Pichons Kammerrede erregte unter den Abgeordneten so große Unruhe, daß Deschanel öfters im Begriffe stand, die Sitzung aufzuheben. Montant reichte scharf mit Pichon ab. Der Bolschewismus breite sich in Mitteleuropa ständig aus. Eine Allianz, der vielleicht auch Deutschland gegen Frankreich angehören würde, sei im Entstehen begriffen. Die französischen Soldaten in Rußland wollen nicht mehr kämpfen. Europas Politik gegenüber Rußland müsse absolute Neutralität sein. Fremdes Einmischen habe ein Land niemals vor Anarchie bewahrt. Karolyi habe bereits im April 1917 den französischen Vorkämpfer in Venn aufgefordert, Ungarn gegen Deutschland auszuwickeln. Heute drohe eine österreich-ungarisch-deutsch-russische Allianz. Die Sitzung wurde unter lebhaftem Tumult vertagt.

Die Arbeiterbewegung in England.

London, 28. März. (Mentor.) Die Eisenbahner haben das Angebot der Regierung angenommen. Der Bergarbeiterverband wird über die Annahme der Bedingungen am 9. und 10. April abstimmen.

Baden.

Badische Nationalversammlung.

(-) Karlsruhe, 28. März. Präsident Kopp eröffnete um 9.15 Uhr die Sitzung. Abg. Schön (Dem.) berichtet über den Entwurf betr. das badische Verfassungsgesetz. Auch bei den Wahlen zur Kreisversammlung und zu den Bezirksämtern soll der Grundtag des allgemeinen, gleichen und unmittelbaren Wahlrechts nach dem System Verhältniswahl durchgeführt werden.

Abg. Fieß (Soz.) berichtete über den Gesetzentwurf betr. die Einführung des bad. Verfassungsgesetzes. Im 3. Jahre soll darüber abgemittelt werden, welche Abgeordnete für die Jahre 1919-21 als Landtagsabgeordnete zu gelten haben. Bei der gleichen Abstimmung soll ein Referendum über die neue bad. Verfassung vorgenommen werden.

(-) Karlsruhe, 28. März. Wie wir hören, werden sieben Ministerposten geschaffen, die Sozialdemokratie würde den Ministerpräsidenten (Geiß), den Minister des Innern (Remmele) und den Minister für ein von dem bisherigen Ministerium des Innern abgezwieigtes Amt (Küder) stellen. Dieser umfaßt die Sozialpolitik und Verkehrswesen, während das Ernährungsweisen dem Ministerium des Innern zugeteilt ist.

(-) Karlsruhe, 28. März. Die Volksabstimmung über die Verfassung soll, wie berichtet, am Samstag den 13. April in der Zeit von vorm. 11 Uhr bis abends 6 Uhr stattfinden. Gleichzeitig mit der Abstimmung über die Verfassung, aber getrennt davon soll über die Frage abgemittelt werden, ob die Nationalversammlung als Landtag weiter gelten soll.

(-) Karlsruhe, 28. März. Nach dem „Heidelb. Tagbl.“ fordern die Arbeiter der staatlichen Eisenbahnen Hauptverträge unter Androhung des Streiks eine neue Lohnerhöhung. Sie beanspruchen einen täglichen Mindestlohn von 18 Mark.

(-) Karlsruhe, 28. März. Im 53. Lebensjahre ist der Direktor des bad. Gewerbeaufsichtsamts Oberregierungsrat Dr. Eduard Köhlich gestorben.

(-) Kenzingen, 28. März. Nach vorausgegangenem Wortwechsel hat der 23jährige Kaufmann Adolf Kehler seinen älteren Bruder, den Fabrikant Karl Kehler in der 6. Stockwerk Wohnung erschossen. Der Täter wurde verhaftet.



Poliales.

Die Rückzahlungen des Reiches an die Gemeinden eingestellt. Im Münchner Magistrat wurde am 28. März ein Schreiben des Reichsschatzsekretärs verlesen, nach dem zurzeit wegen der „gespannten finanziellen Lage des Reiches“ die Rückzahlungen der vorangegangenen Millionenbeiträge für Unterstützungen an die Gemeinden eingestellt sind. Die Gemeinden werden jedoch gegönnt, die Unterstützungen weiter auszuführen.

Aufhebung einer Strafbestimmung. Auf Antrag des Justizministers Dr. v. Kienle hat die Staatsregierung Art. 16 des Polizeistrafgesetzes, wonach Dienstboten, die ihren Dienst grundlos nicht antreten oder vor Ablauf der Dienstzeit verlassen, zu Geldstrafen bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu 8 Tagen bestraft werden, aufgehoben. Die Strafbestimmung kam bisher nur selten zur Anwendung.

Ausfuhrverbot von Zinscheinen. Das bis bis 31. Mai 1919 verlängerte Verbot der Ausfuhr ausländischer Wertpapiere aus Deutschland erstreckt sich auch auf Gewinnanteilscheine, die noch nicht fällig sind.

Lohnstarif für die Waldarbeiter. Nach Verhandlungen zwischen der Regierung, der württ. Forstdirektion, dem Verband der württ. Privatwaldbesitzer und den organisierten Waldarbeitern wurde ein neuer Lohnstarif vereinbart. Der Starif enthält vier Lohnklassen für die Holzhaue, die Wege- und Kulturarbeiter und für die Arbeiterinnen. Es bestimmt Mindestlöhne nach Stunden, mit 25 Prozent Zuschlag bei Akkordarbeiten. Der Starif tritt am 1. April in Kraft. Für die Zeit vom 1. Januar bis 1. April werden auf die bisherigen Löhne 10 Prozent als außerordentliche Teuerungszulage nachgezahlt. Der Starif ist für alle Waldbesitzer und Waldarbeiter verbindlich.

Freiwillige zweimäßige Geschäftspropaganda! Ein Aufruf des Deutschen Buchdrucker-Gewerbes hat an die Gewerbetreibenden, Kaufleute, Industriellen, an die Landwirtschaft und an die Männer der Wissenschaft die Mahnung gerichtet, sich wie zu Friedenszeiten für die Geschäftsförderung des Buchdrucker-Gewerbes zu bedienen.

Württemberg.

(-) Stuttgart, 28. März. (Aus dem Verfassungsausschuß.) Der Verfassungsausschuß erlebte in seiner heutigen Sitzung die dritte Lesung des Verfassungsgesetzes. § 7 wurde in folgender Fassung angenommen: „Artel, die nicht einen Beruf oder ein Amt bezeichnen, sowie Orden werden nicht mehr verliehen; kein Staatsangehöriger darf von einem nicht-württembergischen Staat einen Orden oder einen Artel annehmen; ausgenommen sind akademische Grade und Würden.“ Einstimmig angenommen wurde eine Resolution der D.D.P., die Regierung möge das künftige Schulgesetz nach folgenden Grundzügen gestalten: 1. das Schul- und Unterrichtswesen ist so einzurichten, daß sich auf die Volksschulbildung der Unterricht in mittleren und höheren Bildungseinrichtungen aufbaut; 2. der Besuch der Volks- und Fortbildungsschule ist unentgeltlich; für minderbemittelte Schüler hat die Gemeinde die erforderlichen Lernmittel zu beschaffen. Bei den öffentlichen höheren Lehranstalten einschließlich der Hoch- und der Fachschulen, ist der Unterricht für die Tüchtigen und Bedürftigen unentgeltlich.“ Zu § 26, der von der Zahl der Mitglieder des Landtags handelt, wurde ein Antrag D.D.P. (3.), daß auf je 20.000 (statt 10.000) der 2. Lesung Einwohner ein Abgeordneter gewählt werden soll (im ganzen etwa 120) mit 23 Stimmen bei 1 Enthaltung (Christen) angenommen. § 32 wurde auf Antrag Volk u. Gen. (3.) in folgender Fassung angenommen: „Das Staatsministerium besteht mit Stimmen-

mehrheit. Soweit Beschlüsse verabschiedet werden, bedürfen sie zu ihrer Gültigkeit der Unterzeichnung durch den Staatspräsidenten und mindestens die Hälfte der Minister.“

(-) Stuttgart, 28. März. (Sicherheitswehr.) Der bisher mit der Führung der württ. Sicherheitsstruppen betraute Leutnant Hahn wurde zum Befehlshaber dieser Truppen ernannt.

(-) Stuttgart, 28. März. (Kohlensteuerung.) In der gestrigen Sitzung der bürgerlichen Kollegien wurde mitgeteilt, daß infolge der Streiks im Ruhrgebiet die Herstellung von Koks um 2 Mk. für den Zentner und die Bereitung von Gas um 8 Pfg. für den Kubikmeter verteuert werde. Demzufolge wird seitens der Stadtverwaltung vom 1. April ab der Kokspreis auf 8,15 Mk. und der Gaspreis auf 32 Pfg. erhöht werden. Daneben wird ein Teuerungszuschlag für den Wasserzins von 30 Prozent in Aussicht genommen. — Die Gemeinderatswahlen sind auf Sonntag den 18. Mai anberaumt. Es sind 60 Gemeinderäte zu wählen.

(-) Stuttgart, 28. März. (Gegen den Streik.) Der engere Landesausschuß der Deutschen Gewerksvereine Württembergs lehnte den Generalstreik entschieden ab. Der Landesverband der christlichen Gewerkschaften in Württemberg erklärt einen Aufruf gegen den Streik.

(-) Stuttgart, 28. März. (Aus dem Staatsdienst.) Landgerichtsdirektor Gröber in Heilbronn, Staatssekretär a. D., wird aus dem württ. Staatsdienst ausscheiden.

(-) Neuenbürg, 28. März. (Bahnwünsche.) Der Plan einer Bahn Neuenbürg—Marzell wird derzeit wieder eifrig betrieben. In Langenalb fand eine Versammlung von Gemeindevertretern aus Neuenbürg, Arnbach, Gräfenhausen, Schwann, Comweiler, Feldernbach statt, die sich auch zu finanziellen Opfern bereit erklärte.

(-) Ulm, 28. März. (Ehrenbürger.) Die bürgerlichen Kollegien haben einstimmig beschlossen, dem nach 28jähriger verdienstvoller Amtsführung aus dem Amte scheidenden Oberbürgermeister Dr. v. Wagner das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. — Laut Beschluß der Stadt Kollegien soll hier eine Kunstschule ins Leben gerufen werden. Sie wird im Schwörhaus untergebracht. Lehrer ist der Maler und Bildhauer Karl Schäfer von hier.

(-) Ulm, 28. März. (Arbeiterausstand.) Die Angestellten und Arbeiter der Firma E. D. Magirus & Co. forderten von der Dividende in Höhe von 18 Prozent 250.000 Mk. für die Arbeiter und 100.000 Mk. für die Angestellten. Da nun diese Forderung in vollem Umfang nicht bewilligt wurde, so legten sie gestern Mittag die Arbeit nieder.

Die Selbständigkeit der „Gliedstaaten“.

Man schreibt uns:
In dem Ausschuß für auswärt. Angelegenheiten in Bayern wurde neulich bei der Besprechung des Verhältnisses Bayerns zum Reich jede großpreussische Herrschaft über das Reich abgelehnt und dabei von einem Redner der Rang der Solidarität bei den südd. Staaten bedauert.
Was Württemberg anlangt, so glauben wir die Volksmeinung richtig zu beurteilen, wenn wir feststellen, daß auch bei uns überall und in allen Kreisen jede großpreuss. Herrschaft über das Reich, wie sie derzeit in Weimar und Berlin angestrebt wird, mit aller-

Her Bestimmtheit bis von der Bayer. Bevölkerung zurückgewiesen wird. Wenn das württ. Volk einerseits bereit ist, auf nicht mehr zeitgemäße Reservatrechte dem Reich — nicht Preußen — gegenüber zu verzichten, so ist es doch andererseits keineswegs gewillt, im Reich nur insbesondere dann der Fall, wenn wir in Zukunft, wie die Rolle einer Provinz zu spielen. Das aber wäre es von Berlin aus geplant ist, unsere bisherige Selbständigkeit völlig verlieren sollten, die es uns im Frieden und im höchsten Maße im Kriege ermöglicht hat, für unser Land und unsere Kämpfer drinnen in vorbildlicher Weise zu sorgen. Insofern also steht das ganze württ. Volk Schulter an Schulter mit dem Bayer. Volk im Widerstand gegen die Aufhebung jedenfalls der bisher bestehenden selbständigen Militärverwaltung.

Der Verzicht auf diese Selbständigkeit soll uns nun durch die Versicherung schmachhaft gemacht werden, daß es sich in Zukunft um ein einheitliches Reichsheer unter einem Reichswehrminister handle, in welchem Preußen genau so behandelt werde, wie die anderen Bundesstaaten auch. Es ist ohne weiteres klar, daß Preußen infolge seines natürlichen Schwergewichts und Einflusses im Reich in noch höherem Maße als bisher in Militärangelegenheiten der alles beherrschende Faktor sein wird, wenn die Schrauben gefallen sind, die bisher im wohlverstandenen Interesse der Einzelstaaten mittels der Militärkonvention aufgerichtet waren. Diese Gefahr ist umso größer, als nach der eben veröffentlichten Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr der preussische Kriegsminister der Reichsregierung als Mitglied angehört. Sind z. B. im Reichswehrministerium künftig 2/3 der Mitglieder preuss. Herkunft und 1/3 aus den anderen Gliedstaaten, so ist wohl kein Zweifel, daß die preuss. Mitglieder die übrigen jederzeit majorisieren können, sie werden — was natürlich ist — auch als Reichsbeamte und Reichsbeamte ihre preuss. Herkunft und ihr preuss. Solidaritätsgefühl nicht preisgeben und sehr dazu neigen, preuss. Interessen in erster Linie zu berücksichtigen.

Die Tatsache, daß zwei einander so entgegengesetzte württ. Tagesblätter wie der „Beobachter“ und die „Schwäb. Tageszeitung“ in den letzten Tagen übereinstimmend auf die Notwendigkeit der Wahrung unserer bisherigen militärischen Selbständigkeit hingewiesen haben, beweist mit aller Deutlichkeit, daß weithin im württ. Volke eine starke Peinrührung in dieser Hinsicht besteht und daß auch unsere Staatsregierung und die württ. Abgeordneten in der Nationalversammlung gut daran tun würden, diese Frage nicht bloß mit der Berliner oder Weimarer Billie anzusehen, sondern mehr als bisher auf die Stimmung im württ. Volke zu hören.

Vermischtes.

Duellforderung. Der langjährige Kommandant des vor-maligen kaiserlichen Hauptquartiers, Generaloberst v. Pleßen hat laut „Berliner Lokalanzeiger“ den Grafen Hoensbroech zum Duell herausgefordert, weil dieser in seiner Besprechung des Verhältnisses des Kaisers „Feig“ genannt hatte. Der im 78. Lebensjahre lebende General erhielt vom Grafen Hoensbroech auf die Herausforderung eine Ablehnung.

Druck und Verlag der V. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wilddorf, Beranwortlich E. Reinhardt daselbst.

Unsere Diakonissenstation

Ein Wort notwendiger Aufklärung von Stadtpfarrer Köhler.

Wie in den Wilddorfer Blättern jüngst zu lesen stand, hat der hiesige Gemeinderat in der löblichen Absicht, dem Wohnungsmangel abzuhelfen, in seiner Sitzung vom 21. März beschlossen, unter anderem auch „das an die Diakonissenstation vermietete Gebäude A 162 für Arbeiterwohnzwecke“ einrichten zu lassen.

Dieser Beschluß ist von einschneidender Bedeutung als manches Gemeindeglied sich im Augenblick klar macht. Ich halte deshalb eine diesbezügliche Aufklärung für dringend geboten. Sie sei im Folgenden gegeben. Wird mit dem obigen Beschluß Ernst gemacht, so wird die ganze Einrichtung des Diakonissendienstes, wie er seit her in unserer Gemeinde von 2, in der Badezeit auch von 3 und 4 Schwestern zum allgemeinen Nutzen und unter großem Segen geleistet wurde, mehr oder weniger in Frage gestellt und stark beeinträchtigt.

Nun wird freilich der geneigte Leser gleich den Kopf schütteln und fragen: „Ist denn das nicht ganz gleich, wo die Diakonissen wohnen, ob sie in ihrem seitherigen Hauslein oder in einer andern ihnen vom Gemeinderat zur Verfügung gestellten Wohnung haufen, das kann doch keine so weittragenden und mißlichen Folgen nach sich ziehen; im Gegenteil: wenn die Schwestern im Sommer nicht mehr vermieten müssen, dann haben sie ein viel freieres Leben, haben auch viel mehr Zeit für die Krankenpflege frei. Könnte man denn nicht schon seither da und dort den Gedanken aussprechen hören: die Krankenschwestern sollten sich überhaupt nicht mit vermieten abgeben müssen? das sei eine ungewöhnliche Belastung. Und nun, wo man davon frei werden könnte, soll's wieder nicht recht sein!“

Ja, wenn die Sache nur nicht einen so bedeutenden Schaden hätte!

Es ist nicht von ungefähr, daß gleich bei der Gründung der Diakonissenstation im Jahre 1887 der doppelte Zweck ausdrücklich betont wurde, daß die Station nicht nur einer geordneten Krankenpflege in der Gemeinde sondern auch der Aufnahme einer beschränkten Zahl von Kurgästen dienen sollte. Und als im Jahre 1893 das der Stadt Wilddorf gehörige Haus, um das es sich jetzt handelt, gemietet wurde, da wurde es zugleich zur Aufnahme von Kurgästen eingerichtet. Diese Einrichtung erforderte nach dem Voranschlag die Summe von 6000 Mk., die aber in Wirklichkeit überschritten wurde. Die Summe wurde teils aus einer zu diesem Zweck schon seit Jahren veranstalteten Sammlung, die allmählich auf 2700 Mk. angewachsen war, teils mit einem Darlehen, das der Kirchengemeinderat vorstreckte, bestritten. Demgemäß ist auch seither trotz mancher Beanstandung, auch seitens des Stuttgarter Diakonissenhauses selbst der Doppelzweck der

Diakonissenstation seit im Auge behalten worden: Krankenpflege und Aufnahme von Kurgästen. Und das mit gutem Grund. Denn der Betrieb einer Diakonissenstation ist — und darüber machen sich die meisten Leute gar keine Gedanken — durchaus keine so einfache und billige Sache. Da ist es zum ersten nicht etwa so, wie sich vielleicht manche einbilden, daß man um eine Schwester zu bekommen, eben nur eine Karte nach Stuttgart zu schreiben braucht, und daß dann das Diakonissenhaus heilfroh ist, daß es wieder für eine Diakonistin ein Plätzchen gefunden hat. Ganz im Gegenteil: die Schwestern sind so gesucht, daß Gemeinden oft Jahre lang warten müssen, bis sie eine bekommen. Weiter fordert das Diakonissenhaus für jede Schwester als Vergütung für deren Ausbildung, Invalidentversorgung, Kleidung und anderes jährlich 400 Mk. Und dann leben die Schwestern auch nicht bloß von der Luft; es muß doch auch für Unterhalt, Beförderung, Heizung und so manches andere aufkommen werden.

Um ein richtiges Bild zu bekommen, mit welchen Kosten man zu rechnen hat, stellen wir einmal die Ausgaben zusammen, die sich für die Wilddorfer Diakonissenstation in einem Friedensjahre im Durchschnitt ergeben.

Wir buchen:

1. Gehalt des Rechners	165 Mk.
2. Rechnungsstellung u. Revisionskosten	15 „
3. Vergütung ans Diakonissenhaus in Stuttgart für 2 Schwestern	800 „
für 2 weitere Schwestern über die Badezeit	200 „
4. Hausmiete an die Stadt Wilddorf	800 „
5. Verköstigung für die Schwestern (aufs allerniedrigste gerechnet)	1200 „
6. Wasserzins und Steuern	20 „
7. für 8 Dienstmädchen	200 „
8. Beleuchtung und Heizung	250 „
9. Versicherungen	25 „
10. Verschiedene Bedürfnisse, Reparaturen usw.	60 „
zusammen 3745 Mk.	

Wie werden diese Ausgaben nun gedeckt? Die Gebühren, die für geleistete Krankenpflege bei den demitteltesten Gemeindegliedern angerechnet werden, sind für 1 Tagwache 1 Mk. 50 Pf. für 1 Nachtwache 2 „ für 1 Tag und Nachtwache 3 „ für 1 Stunde Dienst 30 Pf. Für die Kurgäste wird doppelte Tage berechnet. Dagegen nun diese Sätze keineswegs klein sind, so können mit ihrem Erträgnis die Ausgaben der Station doch nur zum geringsten Teil gedeckt werden. Sie betragen im Jahr durchschnittlich etwa 600—700 Mk. Also bleiben noch reichlich 3000 Mk. ungedeckt.

Ich denke, dem geneigten Leser geht nun ein Licht auf, warum der Kirchengemeinderat von Anfang an mit aller-

Fähigkeit daran festgehalten hat, daß die Diakonissenstation nicht nur mit Krankenpflege, sondern auch mit der Aufnahme von Kurgästen sich zu befassen habe. Dadurch ist sie in den Stand gesetzt die Kosten ihres Unterhalts selbst zu bestreiten und sich ohne erhebliche Beihilfe selbst zu erhalten. Dadurch, daß sie auch Kurgäste beherbergt, ist es der Diakonissenstation ermöglicht, die Pflege der Unbemittelten und Wenigermittelten im weitesten Umfang vollständig frei und kostenlos, ohne jegliches Entgelt zu leisten.

Das alles, diese ganze schöne soziale Arbeit unserer Diakonissenstation wäre in Frage gestellt, sobald mit der Ausweitung der Diakonissen aus ihrem mit großen Kosten so zweckmäßig eingerichteten Haus Ernst gemacht und sie in eine einfache Zweizimmerwohnung eingewiesen würden.

Denn das ist klar, daß der Kirchengemeinderat, der durch die Zeitverhältnisse sich selbst vor die Notwendigkeit einer Kirchensteuer gestellt sieht, diese nicht gleich auch noch durch die Uebernahme der Kosten der Diakonissenstation im seitherigen Umfang weiter belasten kann. Er könnte die Arbeit der Diakonissenstation nur in sehr beschränktem Maße etwa mit einer Schwester weiterführen. Doch die finanzielle Lage der Kirchengemeinde ist wieder ein Kapital für sich, über das ich vielleicht später ein weiteres Wort zu sagen haben werde.

Für jetzt hoffe ich, daß meine Worte immerhin bei den Herren Gemeinderäten die Wirkung haben, daß mancher sich sagt: Ja, wenn ich gewußt hätte, wie die Sache eigentlich steht, und daß das Vermieten ein Lebensinteresse für die Diakonissenstation ist, dann wären mir die Schwestern wahrhaftig noch lange unbeschäftigt in ihrem Hause geblieben. Ebenso habe ich die Ueberzeugung, daß der Arbeiterrat aus meiner Auseinandersetzung die volle Einsicht gewonnen hat, daß das Diakonissenheim hier — auch wenn es den Winter über teilweise leer steht, doch eine Aufgabe erfüllt, wie man sie gegen reich und sozialer gar nicht denken kann.

* Einen großzügigen Beschluß, faßten gestern die hiesigen bürgerlichen Kollegien. Durch Ueberlassung von drei Schullokalen im alten Realschulgebäude und Gewährung einer Unterstützung von 5000 Mk. als Beihilfe für Reklamiekosten in den nächsten Jahren ist es gelungen die Reihler Reformschule für Wilddorf zu gewinnen, die ihr Heim im Schwarzwald-Hotel aufschlagen wird. Wegen alle an die Schule geknüpften Erwartungen zum Wohle der hiesigen Stadt in Erfüllung gehen.



Zuckermarken.

Die Kauflente werden aufgefordert, ihre Zuckermarken für den Monat März alsbald abzuliefern.
Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Brotkarten-Abgabe.

Die Abgabe der Brotkarten usw. erfolgt am Montag den 31. März.
Vormittags 8-12 Uhr für die Nummern 501 bis Schluss
nachmittags 2-6 Uhr für die Nummern 1-500
Bei den Mehlhändler Pfau, Maier und Pfannkuch wird auf die Marke C und F Rogmehl abgegeben.
Liste-Schluss Dienstag abend 6 Uhr.



Schützen-Verein

Wildbad.

Sonntag, den 30. März von 2 Uhr ab
Übungsschiessen
Das Schützenmeisteramt.

Freiwillige Feuerwehr

Wildbad

Morgen Sonntag früh von 8 Uhr an werden im Magazin (alten Volksschule) die Uniformstücke an die neu eingeteilten Kameraden der Züge 1-3 abgegeben.
Das Kommando.

Cafe Winkler, Weinstube.

prima
Markkräftler einviertel Ltr. 1.50 Mark
Laufener Riesling einviertel Ltr. 1.80 Mark.
Sonntag von 10 Uhr an
warmen Zwiebelluchen

Wildbad.

Versteigerung.

Am Dienstag, den 1. April vorm. 10 Uhr kommt in Wildbad ein Warenschrank mit Marmorplatte (2,15 bis 70 m) und Glasaufsatz zur Versteigerung.

In dem Warenschrank ist ein Eisschrank eingeteilt mit Eisbehälter und drei mit Zink ausgeglichene Fächer zur Aufbewahrung von Waren, derselbe dürfte sich besonders für Metzger, Wirte und Delikatessen eignen.

Zusammenkunft beim Rathaus.

Calmbach.

Freiwillige Versteigerung.

Am Montag, den 31. März vorm. 10 Uhr an kommen im Auftrag der Erben des verstorbenen Jakob Seyfried in Calmbach, Viehgasse 66 folgende Gegenstände zur Versteigerung:

4 Betten bestehend aus je Bettstelle, Kopf, Keil, Ober- und Unterbett und 2 Kissen, 2 Sofa, 4 Tische, 2 Kommode, 2 Kästen, ein Stuhl Linoleum (ca. 4-3 m) 7 Stühle, 1 Küchenwage, 1 Marmorplatte, 1 Ladentisch mit Marmorplatte, 2 Hackbeizen, 1 Handkarren eine Partie Holz und Kohlen, eine Partie Flaschen und sonstige Haushaltungsgegenstände.

Aufforderung!

Der Unterzeichnete fordert im Auftrag der Erben des verstorbenen Schuhmachermeisters Wilhelm Lutz von hier dessen sämtliche Schuldner auf; ihre Schuldigkeit bei Vermeidung gerichtlicher Beitreibung
bis längstens 15. April ds. J. zu bereinigen.

Hermann Lutz,
Schuhmachermeister.

Wildbad, den 29. März 1919.



Codes-Anzeige.

Tiefbetrübt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht mit, daß unser lieber Sohn, Bruder und Neffe

Fritz Maier

am Freitag früh 7 Uhr nach längerem Leiden im Krankenhaus in Neuenbürg im Alter von 17 Jahren sanft verschieden ist.

Um stille Teilnahme bitten
im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Eugen Hofmann mit Frau.

Beerbigung Sonntag nachm. 3 Uhr in Wildbad vom Hause des Schuhmachermeister Lutz aus.



Turn-
Verein
Wildbad.

Am Samstag, den 29. ds. Mts. findet im Lokal zur alten Linde abds. 8 Uhr

General- Versammlung

Tagungsordnung:
1. Rechenschaftsbericht.
2. Neuwahl des Vorstandes, Kassiers, Schriftführers, Turnwarts und Ausschussmitglieder.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Am Sonntag den 30. ds. Mts. Mittags 2 Uhr findet im Gasthaus zum Badischen Hof eine weitere

Versammlung

des Jahrgangs 1900 statt.
Der Ausschuss.

Zu verkaufen.

Eine neue
Mischerpugmaschine
(Friedensware) sowie einen
leichten
Britischenarren
beide für Hotel geeignet, und
ein

Damenfahrrad

in Loben.
i König-Karlstr. 61.

Einen neuen
Hochzeits-Anzug

(Friedensware) hat im Auf-
trag zu verkaufen.
Wer sagt die Exped. [273]

„Sonne“ Wildbad.

Samstag und Sonntag

Anstich von

Münchener Bier

Hainmüller.

Als passende Geschenke für Konfirmanden

empfehle ich:

Haar-, Kleider- und Zahn-Bürsten,
Haarspangen, Tischeispiegel,
Geldbeutel, Papiergeldtaschen,
Spazierstöck.
Robert Treiber.

Evang. Gottesdienst. Sonntag, den 30. März.
Vorm. 10 Uhr Predigt Stadtpfarrer Adler.
Vorm. 11 Uhr Kindergottesdienst.
Mittags 1 Uhr Christenlehre (Söhne) Stadtpfarrer Remppis.
Abends 5 Uhr Abendgottesdienst Stadtpfarrer Remppis.
Rath. Gottesdienst. Sonntag den 30. März
10 Uhr Amt mit Kurzpredigt.
1/2 2 Uhr Christenlehre und Andacht.
Montag Donnerstag und Freitag keine hl. Messe,
an den übrigen Werktagen hl. Messe.
Reicht: Samstag von 1 bis 3 1/2 Uhr.
Kommunion Sonntag um 6 1/2 Uhr, an den Wochentagen bei
der heil. Messe.

Ev. Junglingsverein. Sonntag, den 30. März
nachm. 6 Uhr Vereinsstunde.
Dienstag, den 1. April abends 7 1/2 9 Uhr Spiel u. Bibelstunde.

Par- fümerie- und Toilette- Artikel

Mundwasser
Bals. Mundwasser 2.50
Lohes Mundwasser
Bergmol-Mundwasser-Tablet.
Kosmodont usw.

Zahnpasten
Kali, Alora, Chlorodont, 1.60
Pebeco usw.

Parfüme
Dralle's Illul. 5.50 u. 4.50
Rosa Centifolia
Kokolo-Beilchen
Fascinata, Mayana
Beilchenluch 2.50
Niana 30.—
Clata 30.— usw.

Haarwasser
Dralle's Birkenwasser
Birkenwasser
Kräuterwasser M. 6 — 4.80
Kamilleneextrakt
Bayrum la.
(alles noch spiritushaltig)

Haaröle
Klettenwurzelöl 1.80—1.20
Blumenöl

Brillantine
in fester Form u. flüssig

**Haut- u. Gesicht-
pflegemittel**
Lohes Birkenmilch 2.50
Gu-Kemmilch
Kombella-Mandelklee
Kaloderma—25.—, 50
—75 bis 1.75
Fuchstreupulver

Haut-Cremes
Rivea, Kombella, Oja
Krafsotan, Alpenblüten,
Leo Roufon, Uralia usw.
la. fettreiche und fettlose
Präparate

Brennlampen
gut vernickelt.

Nagelpflegemittel
Stein der Weisen 2.—
Nagelplättchen 1.50
Nagelcreme 2.50—1.50
Nagelwasser
Oja-Nagellack 7.50
Nagelpoliture M. 6. u. 4.50
Nagelpflege-Garnituren
90.— bis 4.50

Haarbürsten
25.— bis 1.75

Kleiderbürsten
12.— bis 2.20

Puder (Gesicht)
ede Farbe, feste Form und
locke,
auch hübsche Luxuspackung

R.-A.-Seife
und -Pulver

**Haarentsetzungs-
puder**
2.50 bis 1.50

Frisierkäme
8.— bis 1.20

Zahnbürsten
3.20 bis 0.80

Handbürsten
5.— bis 2.50

Rasierapparate
20.— bis 13.—
Rasiercreme, alte Ware
große Tube M. 3.50
Ersatzlingen
Dugend bis 4.—

Shirme
55.— bis 34.—

**Berg- und
Spazierstöcke**
6.— bis 2.20

**Sport-
und
Luxus-
Waren**

Römisches Wasser
Zivill-Hosenträger
6.— bis 2.50
Hand-Neuze
Stück 18.0
Stirnneze 1.90
extra groß Stück 2.50 M.
Termosflaschen
8.50
mit und ohne Tragriemen

Wickelgamaschen
12.50— bis 7.50
auch reine Wolle

**Elektrische
Taschenlampen**
9.50 bis 2.—
Batterien 1.80

Photo-Apparate
Ernemann-Contessa
190.— bis 14.20
Photogr. Badarfsartikel
und Chemikalien
Entwickeln u. Copieren

**Cigarren und
Cigaretten
Tabake**
in nur guter Qualität

Portemonnaies
nur echt Leder

Modellschritten
Schneeschuhe
prima Hölzer
Mh. 40 — 55 — 57
Stiftdöcke
Tragriemen
Wachse u. s. w.

**Schneeschuh u. Model-
schritten Verleih-
Anstalt**

**kauft man
bei
Chr. Schmid
& Sohn**

Tabakwaren-
Großhandlung

Parfümerie- Sport-
und Photogeschäft
mit
Damenfrisier-
Abteilungen

König-Karlstraße
68 u. 71

Rabattmarken

